

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Existenzgefährdende Kürzung der Solarförderung verhindern –  
Sächsische Solarindustrie erhalten**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung gegen

1. die geplanten Zusatzabsenkungen der Vergütungssätze für Solarstrom um 25 bis 33 Prozent, die ab März 2012 noch zu der schon vorgenommenen Verminderung um 15 Prozent ab dem 1.1.2012 hinzukommen sollen,
2. den Ausschluss von zehn bis 15 Prozent des jeweils erzeugten Stromes aus der Solarstrom-Vergütung nach EEG und
3. die Abwürgung des deutschen Solarstrommarktes durch Zubaubegrenzung auf jeweils 2,5 bis 3,5 GW 2012 und 2013 sowie eine weitere Absenkung ab 2014 von 0,4 GW je Jahr

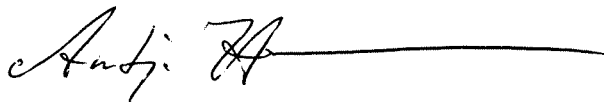
einzusetzen.

### Begründung:

Die Photovoltaik ist endgültig aus ihrer Nische herausgetreten: Derzeit werden bereits vier Prozent des deutschen Stromverbrauches aus dezentralen Solarmodulen mit einer Leistung von 24 GW erzeugt. Die in Sachsen installierte PV-Leistung liegt schätzungsweise bei über 600 MW, beträgt also nur ca. 2,5 Prozent der in Deutschland installierten Leistung. Nach den EE-Ausbauzielen der Bundesregierung soll der Solarstromanteil bis

Dresden, den 27. Februar 2012

b.w.



Antje Hermenau, MdL  
und Fraktion

Eingegangen am: 27. FEB. 2012

Ausgegeben am: 27. FEB. 2012

2020 bei 52 GW liegen. Die Staatsregierung möchte die Ausbeute aus Sonnenstrom bis 2020 auf 1700 GWh erhöhen. Dies bedeutete aber nur einen Anteil am Stromverbrauch von ca. sieben Prozent und lediglich eine Verdreifachung der heutigen Ausbeute. Die deutsche Solarbranche hält einen Anteil von zehn Prozent am Stromverbrauch oder 60 bis 70 GW Leistung bis 2020 mit minimalem Kostenanstieg für die Verbraucherinnen und Verbraucher für möglich.

Zu 1:

Die Vergütungssätze für Sonnenstrom sind seit 2008 bis 2011 um die Hälfte abgesenkt worden. Zum 1.1.2012 sind die gesetzlichen Vergütungssätze des EEG um weitere 15 Prozent gesenkt worden. Nach der Vereinbarung von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Bundesumweltminister Norbert Röttgen vom 23.2.2012 sollen die Vergütungssätze schon zum 9.3.2012 je nach Klasse um 20 bis 29 Prozent abgesenkt werden. Ab Mai soll eine monatliche Degression um 0,15 ct je Klasse greifen, sodass die Vergütungen gegenüber den Sätzen vom 1.1.2012 um 25 bis 33 Prozent zusätzlich sinken.

Diese scharfen Absenkungen um 40 bis 58 Prozent im Vergleich zu den Sätzen vom 31.12.2011 in einem Jahr sind kaum verkraftbar und überschreiten die Kostensenkungskurve der Module. Es ist damit zu rechnen, dass die sächsischen Modulproduzenten in ihrer Existenz gefährdet werden.

Die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt haben Widerstand gegen diese Absenkungen angekündigt. Dagegen begrüßt Sachsen die Pläne, anstatt die sächsische Photovoltaikindustrie zu unterstützen. Am 23.2.2012 haben auch sächsische Unternehmen öffentlich gegen die weiteren Zusatzabsenkungen protestiert.

Zu 2:

Der Einspeisevorrang und die Vergütungspflicht für Erneuerbaren Strom nach dem EEG ist das Kernstück der Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien. Die Bundesregierung plant nun den Ausstieg aus diesem Erfolgsmodell, da künftig zehn bis 15 Prozent des Sonnenstroms nicht mehr nach EEG vergütet werden sollen. Dies kommt einem weiteren Vergütungsabschlag gleich und beeinflusst die betriebswirtschaftliche Kalkulation vor einer Investitionsentscheidung des Anlagenbetreibers negativ.

Zu 3:

Der Solarstrommarkt ist in Deutschland in den letzten Jahren stark gewachsen, stagniert seit 2010 aber bei ca. 7,5 GW installierter Leistung pro Jahr. Diese Größenordnung wurde Ende 2011 auch nur durch eine unerwartete „Jahresendrallye“ aufgrund von Sondereffekten erreicht. Die Solarbranche schlägt eine Steuerung im Sinne eines stabilen Zubaus von 5 GW je Jahr vor. Stattdessen möchte die Bundesregierung den Zubau in den Jahren 2012 und 2013 auf 2,5 bis 3,5 GW begrenzen und ab 2014 um jeweils 0,4 GW je Jahr weiter absenken.

Damit gibt die Bundesregierung ihre eigenen unzureichenden EE-Ausbauziele bis 2020 faktisch auf. Dies bedeutet ein staatlich verordnetes Schrumpfungsprogramm für die deutsche Solarindustrie, die derzeit über Produktionskapazitäten von 4,5 GW verfügt. Dies wird nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf die ca. 130.000 Solararbeitsplätze in Deutschland und die ca. 6.500 Solararbeitsplätze in Sachsen bleiben.